

ZEIT ONLINE 35/2008 S. 21 [<http://www.zeit.de/2008/35/Schulden>]

## Billionen fressen Seele auf

### Warum bloß fürchten sich die Deutschen so sehr vor hohen Staatsschulden?

Natürlich hat es ihn verletzt, aber darüber reden will er nicht. Noch nicht. In einem Jahr vielleicht, nach der Bundestagswahl, wenn er nicht mehr dabei sein wird, sich keiner Fraktionsdisziplin unterordnen muss. Wenn er nur noch Privatmann ist, endlich. In seinem Wohnzimmer in Kassel sitzt Hans Eichel auf einem antiken Sofa. Er hat sich in die rechte Ecke gelehnt, die Füße übereinandergeschlagen, und während er spricht, streicht er mit der flachen Hand über die Armlehne; immer wieder, als wolle er seine Worte glätten, seine Sätze bürsten. Was soll er auch sagen, nach so einer Karriere? Erst war er der glanzvolle Held. Und am Ende der Depp.

In der Politik geht es nicht um Gerechtigkeit gegenüber Politikern, aber gegenüber Hans Eichel war man besonders ungerecht. Man hat ihn verhöhnt, verlacht, und am Ende hat man ihn regelrecht fertiggemacht: die Gegner aus der Opposition, die Medien, und, was am schlimmsten war, auch die Leute der eigenen Partei. Am Schluss musste er herhalten für den Niedergang einer ganzen Regierung.

Und das alles, weil es ihm nicht gelungen war, die Staatsschulden abzubauen.

In diesem Herbst könnte der frühere Finanzminister erleben, wie sich Geschichte wiederholt. Wie die Wirtschaft einbricht und die Steuereinnahmen sinken. Wie die Regierung davon redet, den Haushalt ausgleichen zu wollen, aber in Wahrheit mehr Geld ausgeben muss, weil es wieder mehr Arbeitslose gibt. Und wie der Finanzminister – der jetzt noch so starke Peer Steinbrück – am Ende als schwach und gescheitert gilt. Weil auch er es nicht schaffte, die Staatsschulden abzubauen.

So sehen das die Deutschen nämlich: Ein guter Finanzminister hält sein Geld zusammen. Ein schlechter häuft Schulden an.

In keinem Industrieland der Welt fürchten sich die Bürger so sehr vor hohen Staatsschulden wie in Deutschland. Wir Deutschen erfanden den europäischen Stabilitätspakt, um uns vor der sorglosen Haushaltspolitik unserer Nachbarn zu schützen – und litten dann selbst am meisten unter den strengen Schuldenregeln. Wir diskutieren über Schuldengrenzen, eine Schuldenbremse und das totale Verbot neuer Schulden. Staatsschulden sind für uns eine Frage von Schuld und Moral: Wir plündern das Konto unserer Enkel! Wir versündigen uns an unseren Töchtern und Söhnen! Auf Schuldenbergen können unsere Kinder nicht spielen!

Es ist ein seltsam verkürztes Verständnis von der Verschuldung des Staates, das wir da offenbaren. Verkürzt und voller Angst. Aber warum? Die Suche nach einer Antwort beginnt in Berlin, in einer Straße am Rande des Regierungsviertels.

Der Mann, der so etwas Unsichtbares wie die Staatsverschuldung sichtbar machen kann, braucht dazu nur eine Haushaltsleiter. Berlin, Französische Straße, in der Eingangshalle von Hausnummer 9: Philipp Martens hat seine Leiter direkt unter dem Türbogen aufgestellt, er steht auf der obersten Sprosse, in seiner rechten Hand hält er

ein Stück Papier. Mit der linken öffnet er eine Klappe in der Wand. Er tippt eine Zahl. Drückt einen Knopf. Dann leuchtet die Zahl draußen am Gebäude auf.

Die rote Digitalanzeige am Haus mit der Nummer 9 ist das bekannteste Symbol für die rasant steigenden Schulden des Staates. Fernsehteams filmen sie. Zeitungsfotografen fotografieren sie. Touristenbusse drosseln hier die Geschwindigkeit, damit ihre Fahrgäste was zum Staunen haben. Mehr als 1,5 Billionen Euro Schulden zeigt die Leuchtuhr an, eine Zahl mit 13 Ziffern. Und jede Sekunde kommen 474 Euro dazu. Jede Minute mehr als 28.000 Euro. Mehr als 40 Millionen Euro an jedem Tag. Die Schuldenuhr rast so schnell, dass man ihre letzten Ziffern gar nicht mehr erkennen kann.

Philipp Martens sorgt dafür, dass sie dennoch exakt läuft. Der 26-Jährige arbeitet für den Bund der Steuerzahler. Jedes Mal, wenn sich der Schuldenzuwachs ändert – wenn etwa die Steuereinnahmen anders ausfallen als erwartet –, dann berechnet Martens die Veränderung pro Sekunde, notiert die Zahl auf einem Zettel, holt seine Haushaltsleiter, fährt mit dem Aufzug zwei Stockwerke hinunter in die Eingangshalle und gibt die Zahl an der Rückseite der Uhr ein. Dann rast die Leuchtanzeige weiter.

Die Schuldenuhr gibt der Angst eine Form. Und diese Form – rot leuchtende Ziffern, rasantes Flackern – verbreitet eine plakative Botschaft: Neue Schulden sind der Untergang des Landes.

Der Mann, der die Schuldenuhr installieren ließ, ist ein Meister des Plakativen. Karl Heinz Däke führt den Bund der Steuerzahler seit 1994. Die Schulden von heute sind für ihn die Steuern von morgen; aus diesem Gedanken bezieht er seine Legitimation. Die erste Schuldenuhr hat Däke 1995 in Wiesbaden aufstellen lassen, eine Kopie steht im Bonner Haus der Geschichte. Im Dezember 2004 bot er dem damaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse an, eine Schuldenuhr im Berliner Reichstag anzubringen, aber Thierse lehnte das entrüstet ab. Es hat Däkes Misstrauen gegenüber Politikern nur noch bestärkt.

Und so sitzt der 65-Jährige jetzt in einem kleinen Besprechungszimmer direkt neben seinem Büro, zwei Stockwerke über der Schuldenuhr, nur ein paar Querstraßen vom Reichstag entfernt, und spricht über die Unfähigkeit der Parlamentarier, mit Geld umzugehen. »Wenn Sie denen ein Hintertürchen offen lassen«, sagt Däke, »dann wird das schonungslos ausgenutzt.« Er würde das staatliche Schuldenmachen gern verbieten lassen, »ohne Ausnahmen«, wie er sagt. Er will die Hintertürchen der Politiker schließen, ihnen die Schlüssel wegnehmen, sie dazu zwingen, keine neuen Schulden zu machen. Auch dafür hat er einen plakativen Begriff gefunden: das totale Schuldenverbot. Das ist so eindringlich und klar, dass inzwischen selbst Politiker glauben, sie könnten sich anders nicht mehr disziplinieren. Der baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger etwa setzt sich für ein totales Verbot neuer Schulden ein.

Zeigt denn nicht die Schuldenuhr, wie dramatisch die Situation des Landes bereits ist?

Das Problem ist nur, dass die absolute Höhe der Staatsverschuldung für sich allein genommen überhaupt keine Aussagekraft hat. Sonst könnte man die Schulden ja auch in D-Mark anzeigen. Sie wären dann doppelt so hoch. Oder in alten italienischen Lira: Dann wären sie fast zweitausendmal höher, die Schuldenuhr brauchte ein paar zusätzliche Stellen und würde noch schneller rasen.

Viel ehrlicher wäre es, die Schulden eines Landes an dessen Wirtschaftskraft zu spiegeln – also an all den Waren, Dienstleistungen und Ideen, die von seinen Bewohnern jedes Jahr geschaffen werden. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt, liegt die deutsche Verschuldung bei etwas mehr als 60 Prozent. Das ist leicht unter dem europäischen Durchschnitt. Und dieser Wert – die sogenannte Schuldenstandsquote – ist seit 2005 deutlich gesunken.

Fast eine Stunde dauert das Gespräch mit Karl Heinz Däke, rund 1,7 Millionen Euro neue Schulden sind in dieser Zeit dazugekommen. Und während man das Besprechungszimmer verlässt und mit dem Aufzug nach unten fährt, in die Eingangshalle, und noch einmal nachdenkt über all die plakativen Botschaften und Forderungen, über Däkes Kritik an den maßlosen Politikern und darüber, dass dieser Staat zu viel Geld ausgibt, da also kommt einem der Gedanke, dass man neben die roten Leuchtziffern der Schuldenuhr eine zweite, grüne Digitalanzeige einbauen müsste: die Vermögensuhr. Sie würde zeigen, wie hoch die Wirtschaftskraft des Landes ist – knapp 31.000 Euro pro Sekunde. Die grünen Ziffern würden schneller flackern als die roten.

Aber das wäre eben nicht so dramatisch.

Carsten Lehr trägt dunkle Nadelstreifen, sein Einstecktuch passt zur Krawatte, und er sieht nicht nur aus wie ein Banker, er redet auch so. Lehr spricht von »Rendite« und »Zinsoptimierung«, von »Portfolio« und »Risiko«. Er hat lange für große Banken gearbeitet, er war in Luxemburg und Japan, aber wenn er heute auf alte Kollegen trifft, muss er sich von denen immer als »halber Banker« verspotten lassen. Er kümmert sich nämlich nicht um Vermögen. Nur um Schulden. Genauer: um jene 922 Milliarden Euro, mit denen allein der Bund in der Kreide steht.

Der 42-Jährige leitet die Deutsche Finanzagentur in Frankfurt, eine GmbH, deren einziger Gesellschafter die Bundesrepublik Deutschland ist. Lehr und seine Leute suchen Käufer für die Schuldenpapiere des Bundes. Und so hat es dem Mann, der nur ein halber Banker ist, wohl ein wenig Genugtuung verschafft, als die ganzen Großbanken und all ihre großen Banker auf dem Höhepunkt der Finanzkrise auf einmal ganz klein wurden: Da waren die Anleihen des Bundes die einzigen, die noch gehandelt werden konnten. »Nur der Bund hat problemlos Geld bekommen«, sagt Lehr. Weil andere Wertpapiere als hochriskant galten, wurden die staatlichen Papiere von den Banken sogar als Sicherheit bei ihren Geschäften untereinander eingesetzt. Mit anderen Worten: Ohne die Schuldenpapiere des Bundes wäre der Markt zusammengebrochen.

Doch es sind nicht nur die Finanzmärkte, die von den Schulden des Staates profitieren. Es sind auch die Bürger. Bundesschatzbriefe etwa gelten als absolut sichere Investition für Privatanleger. Und jede Lebensversicherung basiert zum Großteil auf staatlichen Schuldenpapieren, weil diese so krisenfest sind.

Es ist ein ganz entscheidender Denkfehler in der Schuldendebatte: Wir dürften unseren Kindern nicht unsere Schulden vererben, heißt es immer – dabei vererben wir ihnen doch auch unsere Wertpapiere. Und wir verdienen ganz gut daran, dass der Staat Schulden hat und deswegen Anleihen und Schatzbriefe ausgibt. Wir kassieren nämlich die Zinsen. Allein 613 Millionen Euro im vergangenen Jahr.

Weil die Bundeswertpapiere so sicher und jederzeit handelbar sind, sind die professionellen Käufer übrigens auch bereit, eine zusätzliche Prämie zu zahlen. Das heißt: Der Staat kommt günstiger an Kapital als jedes private Unternehmen. Er kann

mit seinen Schulden Investitionen finanzieren, die sich für ein privates Unternehmen gar nicht mehr lohnen würden. Und wenn er Schulden aufnimmt, um damit Straßen zu bauen, oder Schulen oder Krankenhäuser, dann kann es durchaus sinnvoll sein, dass unsere Kinder und Enkel einen Teil der Zinsen bezahlen. Denn sie haben ja auch den Nutzen: etwa in Form schnellerer Reisezeiten. Eines besseren Bildungssystems. Oder der gründlicheren Gesundheitsversorgung.

Was also würde passieren, wenn Deutschland gar keine Staatsschulden mehr hätte? Dann gäbe es niemand am Finanzmarkt, der in unsicheren Zeiten dank der eigenen Kreditwürdigkeit für Sicherheit sorgen kann.

Dann müssten die Bürger mit riskanten Aktien oder Unternehmensanleihen privat fürs Alter vorsorgen, und auch die Lebensversicherer müssten das Geld ihrer Kunden in anderen, riskanteren Papieren anlegen.

Vor allem aber müssten die Bürger oder Unternehmen viel mehr Schulden aufnehmen. Denn in einer Volkswirtschaft kann man nur sparen und dafür Zinsen bekommen, wenn sich auf der anderen Seite auch irgendjemand verschuldet.

Spätestens jetzt würde man gern mit einem deutschen Ökonomen über all diese Zusammenhänge reden, über unsere seltsame einseitige Sicht auf Schulden. Aber es gehört zu den Eigentümlichkeiten der deutschen Debatte, dass das nicht geht. Die meisten deutschen Ökonomen tragen nämlich ein unsichtbares Schild auf der Stirn: »Strikter Schuldengegner« steht dort entweder drauf oder »ewiggestriger Schuldenmacher«. Dazwischen gibt es nichts. Sie tragen dieses Label, weil die Deutschen ihre Wissenschaftler gern in Kategorien einteilen und weil die Ökonomen – anders als ihre Kollegen aus Großbritannien oder Frankreich – sich viel weniger als Forscher oder Berater verstehen denn als Anwälte der eigenen, strengen Weltansicht.

Man muss also rausfahren zum Flughafen, in eine Maschine steigen und dieses Land und seine Debatte hinter sich lassen. Man muss in die Hauptstadt Europas fliegen, nach Brüssel, und dort in die Straße der Barmherzigkeit gehen, die Rue de la Charité, Hausnummer 33. Denn von dort aus schaut Jean Pisani-Ferry auf Deutschland.

Der 57-Jährige leitet das unabhängige Forschungslabor Bruegel. Pisani-Ferry hat

Ende der neunziger Jahre den französischen Finanzminister Dominique Strauss-Kahn beraten, er ist Professor für Wirtschaftswissenschaften, doch immer wenn er mit seinen deutschen Kollegen über Finanzpolitik redet, ist er ein wenig irritiert: Die Deutschen reden die ganze Zeit über Inflation. »Die Erinnerung an die zwanziger Jahre ist bei ihnen unglaublich präsent«, sagt der Franzose. Die Hyperinflation von 1923. Die Schulden des vom Krieg gebeutelten Staates. Die rasende Geldentwertung, die am Ende das Vertrauen in die junge deutsche Demokratie zerstörte.

Es gibt offensichtlich so etwas wie ein Anti-Schulden-Gen, das in den Deutschen steckt. Die kollektive Erinnerung an ein traumatisches Ereignis, das Generationen zurückliegt und dennoch ganz nah ist. Weil jede Generation schon in der Schule immer wieder neu davon erfährt. Und weil die Vorstellung, was gute und schlechte Wirtschaftspolitik ist und wie viele Schulden ein Staat machen sollte, ganz entscheidend darauf aufbaut.

»Eine ähnliche Prägung gibt es noch bei einer zweiten Nation«, sagt Jean Pisani-Ferry – bei den USA. Deren Trauma ist der Crash. Ins Gedächtnis der Amerikaner haben sich die Bilder von 1929 eingebrannt, das Chaos an der Wall Street, die Große

Depression danach. Auch deshalb hat die US-Notenbank heute den Auftrag, in erster Linie die Konjunktur zu stabilisieren. Und deshalb senken amerikanische Finanzminister bereitwillig die Steuern, um einen drohenden Abschwung zu verhindern – so wie es gerade Hank Paulson tat. Selbst um den Preis steigender Schulden. Die Europäische Zentralbank dagegen soll – im Geist der Bundesbank – die Inflation bekämpfen. Und ein deutscher Finanzminister soll sparen.

Hierzulande rühmen sich viele Handwerker und Kleinunternehmer, dass sie ohne Kredit über die Runden kommen. Viele Privatleute sind froh, keine Schulden zu haben. Und wer doch mal welche hat, zum Beispiel nach dem Hausbau oder Wohnungskauf, verbringt häufig schlaflose Nächte. »Spare in der Zeit, dann hast du in der Not«, heißt es. Noch so eine kollektive Erinnerung an vergangene Zeiten. Und wenn schon jeder Privatmann weiß, dass man nur so viel ausgeben kann, wie man einnimmt, dann gilt das doch erst recht für den Staat. Oder?

In den Räumen von Bruegel ist es ganz ruhig. Nur ab und zu klappert die Tastatur eines PC, es ist die konzentrierte Atmosphäre einer Denkfabrik. Mitten in dieser Ruhe steht nun die krachende Frage im Raum: Haben wir ängstlichen Deutschen womöglich den Kapitalismus nicht verstanden?

Man kann nämlich nicht einfach vom Leben eines Privathaushalts auf die Funktionsweise des Staates schließen. Übrigens auch nicht auf die von Unternehmen. Die deutschen Firmen sind noch viel höher verschuldet als der Staat – mit insgesamt 3,6 Billionen Euro. Niemand aber verlangt ernsthaft, dass sie ihre Verschuldung abbauen. Die Fremdkapitalquote unserer Betriebe ist eine der höchsten der Welt, und wer sich die vergangenen 50 Jahre anschaut, wird schnell merken, dass das deutsche Wirtschaftswunder per Kredit finanziert wurde. Tatsächlich gehört der Kredit zum Kapitalismus wie der Stimmzettel zur Demokratie. Man verschuldet sich, um zu wachsen; um Innovationen auf den Markt zu bringen oder neue Maschinen zu kaufen. Dieses schuldenfinanzierte Wachstum ist die Basis des Wohlstands von morgen.

Ein Privatmann muss seinen Kredit zu Lebzeiten zurückzahlen können, sonst bekommt er gar keinen. Unternehmen und Staaten aber sterben nicht. Sie haben kein endliches Leben vor sich.

»Verstehen Sie mich nicht falsch«, sagt Jean Pisani-Ferry, »natürlich muss ein Staat seine Verschuldung im Zaum halten, damit ihn die Zinsausgaben nicht erdrücken. Aber das große Problem ist weniger, dass im Abschwung die Schulden steigen. Das Problem ist, dass die Defizite in guten Zeiten nicht abgebaut werden.« Tatsächlich ist es der Großen Koalition trotz riesiger Steuereinnahmen im Aufschwung nicht gelungen, die Neuverschuldung auf null zu reduzieren. Oder alte Schulden zu tilgen. Stattdessen wurde Geld verteilt.

Das könnte sich nun rächen. Im Jahr 2011 erstmals seit Langem ohne neue Schulden auszukommen ist das letzte gemeinsame Projekt, das die schwarz-rote Regierung verbindet. Die Kanzlerin und ihr Finanzminister werden selbst im Abschwung um jeden Preis daran festhalten – auch wenn es ökonomisch absurd ist, in guten Zeiten wenig zu sparen und in schlechten dafür umso mehr. Sparsamkeit zur falschen Zeit macht jede Wirtschaftskrise nur noch tiefer. Weil der Staat den Konsum nicht stützt, obwohl er könnte. Doch das ist dann eben die Konsequenz der tiefen deutschen Sehnsucht nach sparsamen Politikern: Mit »Schulden runter!« signalisiert man Kompetenz.

Dabei ist die ökonomische Realität viel komplizierter. Man muss nur mal Hans Eichel fragen.

»Warten Sie«, sagt der frühere Finanzminister. »Ich geh da mal vor.« Eine versteckte Treppe führt hinauf ins obere Stockwerk, dort hat er jetzt sein Arbeitszimmer. Im vergangenen Jahr hat er das ganze Haus umbauen lassen, fünf Monate hat es gedauert, die Entwürfe dafür hatte er selbst gezeichnet. Hans Eichel liebt es, Baupläne zu zeichnen. Er hatte den Umbau des Hauses schon lange im Kopf; auf jeder Dienstreise als Minister, wenn die anderen schliefen oder Musik hörten oder Skat kloppten, hat er früher Entwürfe gezeichnet. Die bodentiefen Fenster. Die versenkbaren Schiebetüren. Eichels Vater war Architekt, auch sein Großvater und drei weitere Generationen davor. Hans Eichel hat sich dann als Baumeister einer neuen Finanzpolitik versucht.

Anfangs baut er sogar Schulden ab, als erster Finanzminister überhaupt seit 1969. Im Jahr 2000 steckt er die 50 Milliarden Euro aus der Versteigerung von Mobilfunklizenzen komplett in die Tilgung, obwohl er sich vor Begehrlichkeiten kaum retten kann. Das Bild vom starken Hans entsteht: von einem Finanzminister, der streng die Schulden abbaut. Dann bricht die Konjunktur zusammen. Und mit der gleichen Rigorosität, mit der Hans Eichel weniger Schulden machen wollte, wird er nun für seine neuen Schulden kritisiert. »Vielleicht war meine Botschaft zu einfach«, sagt er heute. Dass der Abbau von Schulden nur im Aufschwung gelingen kann, kommt bei den Bürgern schon nicht mehr an. Die sehen die vielen Porzellansparschweine auf seinem Ministerschreibtisch. Und messen ihn fortan am Sparen.

Die Sparschweine stehen inzwischen in seinem Abgeordnetenbüro in Berlin. Das Zollmuseum bekommt sie, wenn er im kommenden Herbst den Bundestag verlässt. In seinem Arbeitszimmer in Kassel hat er die Modellautosammlung untergebracht. Mehr als 250 Autos besitzt er; der teuerste Wagen, ein alter Borgward, hat ihn 120 Euro gekostet. Viel Geld für ein Modellauto ist das, und der bekennende Autofan Eichel musste sich beim Kauf ziemlich überwinden. Er gibt ungern viel Geld aus. Da ist er den Deutschen ganz nah.

Es gehört zu den vielen Ungerechtigkeiten im öffentlichen Urteil über Hans Eichel, dass die Große Koalition nach 2005 just mit jener Politik startet, die man ihm nicht zubilligen mochte: mit neuen Schulden. Ein milliardenschweres Konjunkturpaket soll die Wirtschaft ankurbeln – was dann auch gelingt. Hans Eichel aber ist da schon seinen Job los.

In seinem Wohnzimmer in Kassel sitzt der frühere Finanzminister auf einem barocken Sofa, es ist Sommer, noch pausiert das Parlament in Berlin, aber wenn es wieder losgeht, wird die Regierung in einer ähnlichen Situation sein wie damals, im Abschwung 2001. Sie wird sparen wollen, um bei den Wählern zu punkten. Und sie wird den Abschwung damit nur noch verschärfen. Kann Hans Eichel das verstehen? Er überlegt lange, seine Hand fährt die Armlehne entlang. Und dann sagt er etwas Seltsames. Ausgerechnet der Mann, der so sehr unter der Schuldenangst seiner Landsleute zu leiden hatte; ausgerechnet er würde heute wohl wieder so handeln wie damals. »Ich mag keine Schulden«, sagt Hans Eichel. »Auch nicht privat.«

## **Staatsverschuldung**

*Von Marc Brost*